2 9. März 1996

Beschlußantrag der FPÖ-Landtagsabgeordneten Johann Herzog, Dr. Herbert Madejski und Kurth-Bodo Blind betreffend Absenkung von Genossenschaftsmieten.

Eine Reihe von gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen hat sich bereit erklärt, eine Absenkung von Genossenschaftsmieten nach Abzahlung der Darlehen aus der jeweiligen Objektfinanzierung durch die Mieter vorzunehmen. Dies nicht nur im zukünftigen Neubaubereich, sondern bei allen schon jetzt von dieser Gegebenheit betroffenen Genossenschaftsmietern.

Es muß aber festgestellt werden, daß einer solchen bloßen "freiwilligen Erklärung" von Genossenschaftsfunktionären namens ihrer Bauvereinigung jegliche darüber hinaus gehende, nicht widerrufbare Verbindlichkeit fehlt. Ein anderer Teil der Gemeinnützigen ist leider bis zur Stunde nicht zur Abgabe einer solchen freiwilligen Erklärung bereit.

Daher bedarf es weitergehender Maßnahmen seitens des Landes Wien als Aufsichtsbehörde und Förderungsgeber der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 36 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien nachfolgenden

Beschlußantrag:

Der Wiener Landtag möge beschließen:

Der Wiener Landtag fordert die gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen - so weit nicht bereits erfolgt - zur Abgabe einer verbindlichen Erklärung auf, die Mieten jener Genossenschaftsmieter auf einen Erhaltungsbeitrag in der Höhe des aktuellen Kat. a-Zinses abzusenken, wenn die anteiligen Darlehen aus den Erichtungskosten durch die Mieter bereits ausbezahlt sind.

Bis zur Abgabe dieser Erklärung innerhalb einer angemessenen Frist oder bei Nichteinhaltung der eingegangenen Verpflichtung wird eine weitere Bewilligung von Wohnbauförderungsmitteln für neu zu beantragende Projekte bis zur Einhaltung dieses Beschlußinhaltes durch die betroffene gemeinnützige Bauvereinigung versagt.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

3436/LAT/96